Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik erfolgt entsprechend den §§ 6 bis 10.

§ 12

Aufbewahrung der Unterlagen

Die Aufbewahrung der Unterlagen erfolgt im Ministerium der Justiz.

§ 13

Dieser Beschluß tritt am 1. August 1990 in Kraft.

Vorstehender Beschluß wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 27. Tagung am 22. Juli 1990 gefaßt.

Berlin, den 22. Juli 1990

Die Präsidentin der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
B e r g m a n n - P o h l

**Durchführungsbestimmung
zur Verordnung über die Tilgung der Anteilrechte
von Inhabern mit Wohnsitz
außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik
an der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe
vom 20. Juli 1990**

Zum § 2 der Verordnung über die Tilgung der Anteilrechte von Inhabern mit Wohnsitz außerhalb der DDR an der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe vom 27. Juni 1990 (GBl. I Nr. 39 S. 543) wird für Bürger mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) folgendes geregelt:

§ 1

Die Tilgung der Anteilrechte ist durch den Inhaber oder dessen Erben auf amtlichem Formblatt (Anlage) in zweifacher Ausfertigung zu beantragen.

§ 2

Das amtliche Formblatt ist bei den Ausgleichsämtern der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) oder der Staatsbank Berlin erhältlich.

§ 3

Die Staatsbank Berlin wird gemäß Artikel 5 des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik verpflichtet, die Tilgung des Anteilrechtes dem Präsidenten des Bundesausgleichsamtes oder den von ihm benannten nachgeordneten Stellen zur Durchführung deren Aufgaben durch Übersendung einer Ausfertigung des Formblattes mitzuteilen.

§ 4

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 20. Juli 1990

Der Minister der Finanzen
D r . R o m b e r g

Anlage

zu vorstehender Durchführungsbestimmung

An:
Kreditinstitut, bei dem das Anteilrecht begründet wurde
ANTRAG auf Tilgung des Anteilrechtes Nr.:

Name und Anschrift des Inhabers des Anteilrechtes

Name und Anschrift des Antragstellers (falls mit Inhaber nicht identisch)

Beigefügte Unterlagen:
(Nachweis eines Anteilrechtes, Erbunterlagen usw.)

Der Antragsteller oder ein Rechtsvorgänger hat Leistungen für dieses Anteilrecht in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Lastenausgleich erhalten?

NEIN JA

Wenn ja, durch das Ausgleichsamt:
Gemeinde, Kreis

Wichtiger Hinweis:

— Die Staatsbank Berlin wird gemäß § 3 der Durchführungsbestimmung vom 20. Juli 1990 (GBl. I Nr. 49 S. 906) zur Verordnung über die Tilgung der Anteilrechte von Inhabern mit Wohnsitz außerhalb der DDR an der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe vom 27. Juni 1990 (GBl. I Nr. 39 S. 543) der Ausgleichsverwaltung die Tilgung des Anteilrechtes mitteilen.

— Bei Erhalt von Lastenausgleich ist der Antragsteller verpflichtet, gemäß § 342 Abs. 2 des Lastenausgleichsgesetzes (LAG) dem örtlichen Ausgleichsamt die Auszahlung des Anteilrechtes anzuzeigen.

Ich bitte um Überweisung des Betrages auf Konto-Nr.:

.....

kontoführendes Kreditinstitut

Bankleitzahl

Datum

Unterschrift

Wird vom Kreditinstitut ausgefüllt:

Höhe des Anteilrechtes
+ Zinsen
X bereits gezahlte Zinsen
G e s a m t
Nach Umstellung 2:1 zu überweisender/auszahlender Betrag DM

Bearbeiter Prüfer

Berichtigung

Im 6. Strafrechtsänderungsgesetz vom 29. Juni 1990 (GBl. I Nr. 39 S. 526) § 173 Abs. 4 Satz 1 (Anlage 1, Ziff. 46) muß es richtig heißen:

„(4) Nach den Absätzen 1 und 3 wird nicht bestraft, wer freiwillig verhindert, daß aufgrund der Tat die Subvention gewährt wird.“